Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 7-8

Artikel: Die wirtschaftliche Integration der europäischen Ostblockländer
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337363

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

IV.

Der Wolf ward ärgerlich, faßte sich aber doch und ging auch zu dem vierten Schäfer. Diesem war eben sein treuer Hund gestorben, und der Wolf machte sich den Umstand zunutze.

Schäfer, sprach er, ich habe mich mit meinen Brüdern in dem Walde veruneinigt, und so, daß ich mich in Ewigkeit nicht wieder mit ihnen aussöhnen werde. Du weißt, wieviel du von ihnen zu fürchten hast! Wenn du mich aber anstatt deines verstorbenen Hundes in Dienst nehmen willst, so stehe ich dir dafür, daß sie keines deiner Schafe auch nur scheel ansehen sollen.

Du willst sie also, versetzte der Schäfer, gegen deine Brüder im Walde beschützen?

Was meine ich denn sonst? Freilich.

Das wäre nicht übel! Aber wenn ich dich nun in meine Horden einnähme, sage mir doch, wer sollte alsdann meine armen Schafe gegen dich beschützen? Einen Dieb ins Haus nehmen, um vor den Dieben außer dem Hause sicher zu sein, das halten wir Menschen . . .

Ich höre schon, sagte der Wolf, du fängst an zu moralisieren. Lebe wohl!

Die wirtschaftliche Integration der europäischen Ostblockländer

Im Januar 1949 wurde der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) ins Leben gerufen. Er stellte sich zur Aufgabe, die Wirtschaft der zum Ostblock gehörenden Länder durch Zusammenarbeit und internationale Arbeitsteilung zu verschmelzen. Die asiatischen Volksrepubliken gehören dem Comecon nicht an, weil ihre industrielle Entwicklung eine andere ist als die der osteuropäischen Staaten. Sie sind aber als Beobachter zugelassen.

Die Aktivität des Comecon begann erst nach Stalins Tod. Sie beschränkte sich zunächst auf eine technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit und auf das Gebiet des Warenaustauschs. Erst auf der sechsten Tagung im Dezember 1955 in Budapest wurde für einige Länder die Spezialisierung einiger Industriezweige, wie motorisierte Fahrzeuge, Traktoren, rollendes Eisenbahnmaterial und einiger Typen landwirtschaftlicher Maschinen, beschlossen. Seit 1956 sind permanente Kommissionen für Rohstoffe oder für bestimmte Wirtschaftssektoren tätig. Auch die Koordination der Wirtschaftspläne hatte um diese Zeit begonnen.

Vielen osteuropäischen, dem Ostblock angehörenden Ländern mangelt es an Rohstoffen. Daher ist die sektorelle Zusammenarbeit auf Investitionen für Steinkohle, Lignit, Petroleum, Eisen- und Buntmetalle, Schwefel oder im Transport gerichtet wie Pipelines für Ölbeförderung, die vom Wolgagebiet ausgehen, Verbindung von Elektrizitätsnetzen. Die Zusammenarbeit soll sich auch auf die Spezialisierung und Standardisierung der industriellen und Verbesserung der Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion erstrecken.

Die XIV. Tagung im November 1960 setzte die Besprechungen über Spezialisierung fort, unterzog den Bericht der Permanenten Chemischen Kommission über Plastikstoffe, synthetischen Kautschuk und Kunstfasern einer gründlichen Analyse, hörte den Bericht über Rationalisierung der Schiffahrt und stellte das Ziel des Außenhandels im Jahre 1965 fest: der Umsatz soll um 1,8mal höher sein als im Jahre 1958, um 2,3mal für Rohstoffe und Ausrüstungen.

Das Thema der XV. Tagung bildeten weitere Beschlüsse über die Spezialisierung. Die Tagung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem landwirtschaftlichen Problem, insbesondere mit der Konzentration und Rationalisierung von Kunstdünger bis zum Jahre 1965. Auch wurden die Probleme des Fluß- und Landtransportes erörtert und Normen für den Bau verschiedener Typen von Hochseeschiffen festgesetzt. Es wurde ein Übereinkommen über die technische Kontrolle unterzeichnet.

Die Zusammenarbeit zeitigte Erfolge in der Typisierung von metallurgischen Produkten, von Maschinen, von chemischen und landwirtschaftlichen Produkten. Aber die Beschlüsse, Hochöfen und Kokereien in Polen, in der Sowjetunion und in der Tschechoslowakei zu bauen, Walzwerke in diesen Ländern und in der DDR, Installationen für Förderung von Buntmetallen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn zu errichten, wurden nur zum Teil verwirklicht.

Die Spezialisation und Normalisation stößt auf Schwierigkeiten. In der Presse wird darüber geklagt, daß der Rhythmus der Arbeiten für die Normalisierung und Standardisierung sehr langsam verläuft. So soll sich die Tschechoslowakei der Produktion schwerer Lastwagen und spezieller Fahrzeuge widmen, die DDR soll sich in leichten Lastwagen spezialisieren. In die Produktion von leichten Traktoren sollen sich die Tschechoslowakei und die DDR teilen.

Die Harmonisierung der Fünfjahrespläne zwischen 1955 und 1960 war sehr bescheiden, wie sich ein polnisches Blatt ausdrückte, dagegen wurde die Planung für 1961 bis 1965 im Jahre 1959, also zum vorgesehenen Zeitpunkt, beendet — aber nur in den wesentlichen Zweigen von Industrie, Landwirtschaft und Transport.

Über die Perspektivpläne von 1961 bis 1980 wurde bereits auf der XIII. Tagung (Juli 1960) verhandelt. Man nahm das in der XV. Tagung von der Permanenten Kommission für Wirtschaft ausgearbeitete Projekt an, welches die Grundsätze für eine internationale sozialistische Arbeitsteilung enthält, das bilaterale Vereinbarungen erleichtern soll. Man ist aber erst am Anfang der Koordination der Zwanzigjahrespläne, wie Roschanski, der Stellvertreter des Generalsekretärs des Comecon, im polnischen Organ «Nowe Drogi» (Neue Wege) im Dezember 1961 geschrieben hat. Nach den bilateralen Konsultationen werde man eine multilaterale Koordination durchführen, um Fehldispositionen im gesamten sozialistischen System zu verunmöglichen.

Worauf sind die Schwierigkeiten für die wirtschaftliche Integration der Ostblockstaaten zurückzuführen? Die wirtschaftliche Planung ist eine Prärogative jeden Landes, das seinen Plan entsprechend seinen eigenen Interessen und der Entwicklung seiner wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland festlegt. Die Beschlüsse bedürfen nach dem Statut der Einstimmigkeit und der Ratifikation durch die nationalen Instanzen. Die nationalen Empfindlichkeiten und die vielen Planungen mit ihrem starren Preissystem fördern autarkische Tendenzen. Das erschwert eine wirksame Verteilung der Aufgaben. Die nationalen Empfindlichkeiten werden noch durch das ungleiche wirtschaftliche Entwicklungsniveau der einzelnen, dem Comecon angehörenden Länder genährt. Die wirtschaftlich entwickelten Länder helfen den weniger entwickelten Ländern nicht mit vollem Herzen, denn sie wollen ihre in bestimmten Produktionszweigen erworbene Überlegenheit weiter behalten.

In der Landwirtschaft werden die technischen Probleme und die Abhängigkeit vom Klima unterschätzt. Die Anpassung an die technischen Normen der Sowjetunion geht äußerst langsam vor sich. Der Mangel an einer Koordination der Wirtschaften ist sehr leicht zu bemerken. Auch fehlen theoretische und praktische Studien über das Funktionieren einer kommunistischen Wirtschaft. Die Artikel und Abhandlungen, die bisher veröffentlicht wurden, strotzen von einander widersprechenden Ansichten.

Besondere Schwierigkeiten bereitet den Wirtschaftspolitikern im Osten das Preisproblem. Bis zum Jahre 1954 bot es keine Schwierigkeiten. Die autoritäre Festsetzung der Preise war darauf gerichtet, die Nachfrage den Bedürfnissen anzupassen. Diese Bedürfnisse bestimmten die Planungsbehörden. Der Verbrauch wurde eingeschränkt. Daher waren die Preise für die meisten Konsumgegenstände durch die Umsatzsteuer erhöht. Das ermöglichte die Einschränkung der Kaufkraft und die Entwicklung der Produktionsgüterindustrie, deren Preise sehr niedrig waren, oft unter den Gestehungskosten. Da diese Verkaufspreise nicht in entsprechender Relation zum Wertgesetz standen, mußten im Außenhandel die Weltmarktpreise, also die Preise, die

auf den Westmärkten notiert wurden, herangezogen werden. Dieses System erschwerte den Warenaustausch mit dem Ausland und verunmöglichte, den wirklichen Bedarf der Bevölkerung an Konsumgütern kennenzulernen.

Dieses System wird seit 1956 zu ändern versucht. Die Spanne zwischen Verkaufspreisen und Gestehungskosten wurde verringert. Die sowjetische Währungsreform vom 1. Januar 1962 und die bulgarische sollen den offiziellen Kurs an die durchschnittliche Kaufkraft annähern. Aber das erleichtert noch nicht den Abschluß multilateraler Verträge.

So haben die Ostblockländer eine Etappe der wirtschaftlichen Harmonisierung hinter sich, sind aber noch weit entfernt von der wirtschaftlichen Integration. Vor allem erschwert die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder ihre Verschmelzung. Außerdem erfordern die Probleme der kommunistischen Wirtschaft noch gründliche Studien.

Literatur

Die Arbeiter und die Arbeiterräte in Polen

In Nr. 8 der polnischen Wirtschaftszeitung «Zycie Gospodarcze» (Wirtschaftsleben) ist Andrzej Bobers «Brief statt einer Reportage» veröffentlicht, der im nachfolgenden übersetzt ist.

Sehr geehrter Herr Redaktor!

Vor zwei Wochen erhielt ich von Ihnen den Auftrag, einen Artikel zu schreiben, der das Problem der Arbeiterselbstverwaltung erörtern sollte. Sie haben mir dazu eine Reihe von Belehrungen und Instruktionen mitgegeben, wie ich dieses Thema anfassen, wie «den Stier bei den Hörnern» packen soll, wie die Arbeit mit einer bestimmten Dosis «von Herz» ausstatten. Unter Berufung auf das Dienstverhältnis forderten Sie, daß ich meine Erwägungen auf konkrete Tatsachen stützen soll, in einem konkreten Betrieb konkrete Konflikte «wählen» soll, an denen man «Licht- und Schattenseiten» des Funktionierens (oder Nichtfunktionierens) der Arbeiterselbstverwaltung zeigen könnte. Sie waren so freundlich, meine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß ich in meinen Ausführungen die bestehenden institutionellen Formen billigen, dagegen mich auf Tatsachen konzentrieren und erst auf dieser Basis «Schlüsse und Verallgemeinerungen» feststellen sollte.

Alle Hinweise prägte ich mir im Gedächtnis gut ein. Aber, nach gründlicher Überlegung und nach Versuchen des empfohlenen «Durchbeißens» des Themas kam ich zu dem Schluß, daß ich den Auftrag nicht werde ausführen